

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/60

Bonn, den 29. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>DER BÜRGER UND DAS RECHT</u> Zum rechtspolitischen Kongress der SPD in Heidelberg Ein geglücktes Experiment	62
2	<u>Keine politische Klarheit</u> Erziehungsziel der SED wurde in der "Nationalen Volksarmee" nicht erreicht	51
3	<u>Für Herrn Barzel zu kompliziert ...</u> Sozialpolitischer Assistent der CDU/CSU kritisiert sozialpolitische Haltung seiner Fraktion	51
4	<u>"Leider ist es wahr ..."</u> Junge Franzosen an der Berliner Mauer	45
5 - 6	<u>Sind Sie der Typ 65 ? - Ja, wir sind es !</u> Antwort auf einen Werbe-Slogan - Gedanken zu einer Frauenkonferenz	79

DER BÜRGER UND DAS RECHT

Zum rechtspolitischen Kongress der SPD in Heidelberg

Ein geglücktes Experiment

sp - Es wäre vermessen, wollte man versuchen, die auf dem rechtspolitischen Kongress der SPD in Heidelberg gehaltenen Referate und Diskussionsbeiträge im Rahmen der Kommentierung eines solchen Ereignisses entsprechend ihrer Bedeutung für unser Volk zu würdigen. Der Kongress war ein Experiment, aber ein geglücktes Experiment, wie man heute weiss.

Unzählige Bürger unseres Staates betrachten die Rechtsprechung, die Gerichtsbarkeit und sogar das Recht selbst als ein ausserhalb ihrer Existenz befindliches Abstraktum. Sie empfinden die "Jurisprudenz" als ein für sie nicht durchschaubares Etwas, als eine Sphäre, die ü b e r ihnen liegt, ja, die sogar von der "Obrigkeit" manipuliert wird.

Nicht von ungefähr sprechen auch heute noch viele Bürger von den "Maschen des Gesetzes", durch die zu schlüpfen nur dem vergönnt sei, der finanzkräftig genug ist, um sich einen guten Anwalt leisten zu können. Andere wieder warnen vor den "Mühlsteinen der Gerichtsbarkeit", die angeblich jeden zermalmen, der zwischen sie gerät.

Unzählige sind die vermeintlichen Volkswahrheiten, Sprüche und Sprichwörter, die - oft seit Jahrhunderten weitergetragen - dazu führen, dass RECHT, RICHTEN und GERECHTIGKEIT nicht als das gesehen wird, was es seinem Wesen und Ursprung nach sein sollte: Der Versuch, die Wahrheit zu finden, Normen des Verhaltens der Menschen zueinander zu schaffen und damit dem Menschen zu d i e n e n.

In Deutschland lebt 20 Jahre nach der Hitlerdiktatur überdies noch immer die Furcht vor dem pervertierten "Recht", die Angst vor jener brutalen Gewalt, die sich anmassend "Rechtsprechung" nannte und den Bürger zum hilf- und recht l o s e n Geschöpf der staatlichen Allgewalt machte.

Wenn nun eine politische Partei versucht, diese Mauer von Vorein-

genommenheit zu durchatmen, muss sie damit rechnen, dass man ihrem Beginn hier und dort mit Vorbehalten und vielleicht sogar mit Misstrauen begegnet. Die SPD hat sich t r o t z d e m die Aufgabe gestellt, eine Diskussion in Gang zu bringen, deren Ergebnisse bestimmt ihren Niederschlag in allen Bereichen unseres öffentlichen Lebens finden werden. Etwa 700 Gäste aus dem ganzen Bundesgebiet waren der Einladung nach Heidelberg gefolgt; darunter zahlreiche Juristen in hohen Stellen der deutschen Gerichtsbarkeit und Staatsverwaltung. Man sah Universitätsprofessoren neben bekannten Anwälten und hohen Bundesarichtern, Justizminister der Länder oder deren Stellvertreter. Sie alle diskutierten in den Arbeitsgemeinschaften; es gab keinen Unterschied zwischen jenen, die der SPD, einer anderen oder gar keiner Partei angehören.

Beherrschende Elemente aller Referate und Diskussionen zum Thema "Der Bürger und das Recht" waren: Die Erklärung dessen, was i s t, wie es entstand und wie es besser werden kann.

Vielleicht klingt diese komprimierte Darstellung des Kongresses von Heidelberg etwas zu vereinfachend, und vielleicht wird sie nicht a l l e n Bemühungen gerecht, den Bürgern unseres Staates zu sagen, dass die Gerechtigkeit, das Recht und die Rechtsprechung durchaus nicht das Reservat von Juristen ist. Gerechtigkeit, Recht und Gerichtsbarkeit sind in ihren Auswirkungen auf jeden Bürger der Ausdruck des Selbstbewusstseins und des Selbstverständnisses eines mündigen Volkes, das sich den sozialen und demokratischen Rechtsstaat zur Lebensnorm gesetzt hat.

Der Kongress von Heidelberg hat nichts Endgültiges zu dieser Problematik aussagen wollen. Eine grosse Partei, die vor 100 Jahren auch in Deutschland sich anschickte, das Obrigkeitsdenken in die Vergangenheit zu drängen, die den Begriff der Gleichheit des Bürgers vor dem Gesetz über den Begriff der Unterordnung des Bürgers unter die "Staatsraison der Herrschenden" stellte, hat auch jetzt wieder den ersten Schritt zur Neuformung und Neuformulierung der Rechte des Bürgers im modernen Rechtsstaat getan.

Dieser Schritt war notwendig, weil die bisher Regierenden nicht die Kraft oder den Mut finden konnten, ihn zu tun.

Keine politische Klarheit

Von Helmut P. Bärwald

Die "Nationale Volksarmee" (NVA) der Sowjetzone hat - das ist durch Selbstzeugnisse des SED-Regimes beweisbar - in den neun Jahren ihres Bestehens die ihr übertragene Aufgabe, als eine "kommunistische Parteschule der Wehrpflichtigen" zu fungieren, nicht zur Zufriedenheit der SED erfüllt. In dem vom sowjetzonalen Verteidigungsministerium herausgegebenen "Deutschen Militärlexikon" wird unter dem Stichwort "Politunterricht" postuliert, dass "die politische Ausbildung der Hauptbestandteil der militärischen Ausbildung (ist)." Anfang 1962 erklärte der sowjetzonale Armeegeneral Hoffmann noch recht siegessicher, dass - nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Zone - "jeder Jugendliche eine Schule der politischen-militärischen Ausbildung und Erziehung absolvieren wird". Bei der einseitigen Ausrichtung der sowjetzonalen Armee auf die SED-Linie bedeutet das, dass jeder junge wehrpflichtige Mann in Mitteldeutschland zwangsweise und zumindestens für die Dauer seines Wehrdienstes eine Art SED-Parteschule durchlaufen muss. Ende vergangenen Jahres musste sich das 7. Plenum des Zentralkomitees der SED eingehend mit der ideologischen Erziehung vor allem der jungen Soldaten beschäftigen und eine Kampagne zur Intensivierung der politischen Schulung in der NVA befehlen. In der ersten Phase dieser inzwischen angelaufenen Kampagne soll in den Parteigruppen und Grundorganisationen der SED und FDJ in den sowjetzonalen Streitkräften "politische Klarheit" geschaffen werden.

Nach aussen werden die Gründe für die bisherigen Misserfolge der politischen Schulung und die weitgehende Wirkungslosigkeit des ausgeübten Meinungszwangs in der NVA nicht in der Opposition, der Ablehnung oder dem Desinteresse der Soldaten gesucht. Den "schwarzen Peter" sollen die Truppenführer zugeschoben bekommen, die sich - nach einer Kritik der Politischen Hauptverwaltung der NVA - fast ausschliesslich mit rein militärischen Aufgaben beschäftigen, die vom ZK der SED geforderte Gefechtsbereitschaft lediglich auf militärische Angelegenheiten beziehen und die politisch-ideologische Erziehungsarbeit vernachlässigen oder überhaupt ganz unterlassen.

Ein wichtiger Akzent der jüngsten Kampagne zur Verbesserung der politischen Ausrichtung innerhalb der sowjetzonalen Streitkräfte ist das ständige Bestreben der SED, den NVA-Soldaten einreden zu wollen, wofür und wogegen sie eigentlich kämpfen sollen. "Jeder Ausbilder und jeder Soldat" muss erkennen, "warum er treffen muss"; und jeder Grenzsoldat muß "politisch-ideologisch und psychologisch befähigt" sein, "standhaft und entschlossen die Staatsgrenze der DDR zu schützen". Es mutet beinahe wie ein Hilferuf an, wenn die NVA-Zeitung "Volksarmee" vor kurzem forderte: "Bemühen wir uns, überzeugend und klar zu argumentieren, dass auch noch abseits stehende Soldaten von unserer Argumentation erfasst und zum schöpferischen Handeln veranlasst werden." - Die von der SED selbst zugegebenen Schwierigkeiten in der politischen Schulung der jungen, meist als Wehrpflichtige eingezogenen NVA-Soldaten haben doppelte Bedeutung: Einmal bestätigen sie die ziemlich starke, nicht immer offen erkennbare Immunität junger Menschen gegen die ständige und mit allen psychologischen Mitteln arbeitende kommunistische Agitation. Zum anderen haben wir in der Bundesrepublik die Chance und den politischen Auftrag, auch den NVA-Soldaten genau so wie der Bevölkerung Mitteldeutschlands bei der Bildung einer Meinung zu helfen: Durch objektive, umfassende Informierung und durch unser eigenes politisches und gesellschaftliches Wirken.

Für Herrn Barzel zu kompliziert ...

Sozialpolitischer Assistent der CDU/CSU kritisiert
sozialpolitische Haltung seiner Fraktion

HE-er - Mitten in den Auseinandersetzungen um den Bundeshaushalt der "kameralistischen Klimmzüge" (Rheinischer Merkur) platzte die CDU mit der Mitteilung, man wolle eine freiwillige Rentenversicherung schaffen, also "praktisch eine Art Volksversicherung". Professor Dr. Ernst Schellenberg, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im Bundestag, hat diese "sensationale" Meldung gleich niedriger gehängt und die Christlichen Demokraten daran erinnert, daß sie es waren, die hartnäckig bei einer starren Versicherungspflichtgrenze blieben und es damit unmöglich machten, daß alle Angestellten grundsätzlich in den Rentenversicherung bleiben oder freiwillig beitreten können. Und wörtlich sagte Professor Schellenberg: "Diese CDU-Pläne sind so unausgegoren wie alles, was die CDU in dieser Legislaturperiode auf dem Gebiete der Sozialpolitik dargeboten hat."

Peter Lepczy, der sozialpolitische Assistent der CDU/CSU-Fraktion, hat in der März-Ausgabe des "Kolpingsblatts" eingehend über die Diskussionen in der Fraktion berichtet. Nicht über die "freiwillige Rentenversicherung" wurde dort diskutiert, sondern über die Frage einer starren oder einer dynamischen Versicherungspflichtgrenze, und schon das schien den Christlichen Demokraten viel Kopfzerbrechen zu bereiten. Peter Lepczy schreibt wörtlich:

* "Der Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Barzel seufzte während der Debatte über die Problematik einer starren oder einer dynamischen Grenze.
* Für ihn sei das alles zu kompliziert."

Der Assistent will dieses Nicht-Verstehen von Barzel nicht richtig begreifen, zumal der sozialpolitische Arbeitskreisvorsitzende brillant argumentiert habe.

Daß brillante Argumentationen bei der CDU/CSU-Fraktion nicht durchdringen, hat die Opposition in den Ausschüssen und im Plenum des Bundestages schon oft genug erfahren. Nicht nur im sozialpolitischen Bereich!

Im übrigen zählt der sozialpolitische Assistent der CDU/CSU im "Kolpingsblatt" nochmals die ganzen Argumente auf, die für eine Beseitigung bzw. eine Dynamisierung der Versicherungspflichtgrenze sprechen, und zwar recht unkompliziert. Falls Herr Barzel sein Wissen um die Dinge entkomplizieren wollte, braucht er nur das "Kolpingsblatt" zu lesen. Er würde dort erfahren, daß es erstens die privaten Lebensversicherungen sind, die an einer niedrigen Versicherungspflichtgrenze interessiert sind, daß zweitens die neue starre Grenze von 1 800 DM das Problem nur vorübergehend zu lösen vermag und drittens die Rentenversicherung wegen der veränderten Alterspyramide vor der Konsequenz steht, entweder die Beiträge zu erhöhen oder höhere Bundeszuschüsse fordern zu müssen.

Der sozialpolitische Assistent der CDU/CSU schreibt seinem Fraktionsvorsitzenden und der Mehrheit der Fraktion auch noch diese Sätze ins Stammbuch:

* "Der Gesetzgeber darf sich der Pflicht nicht entziehen, hier das richtige Maß der Solidarität zwischen Versicherungspflichtigen und Rentnern zu finden und festzusetzen... Auf die Dauer wird sich die Einführung einer beweglichen Versicherungsgrenze nicht umgehen lassen."

Daß eine Fraktion, die sich derart an ihrer sozialpolitischen Verantwortung vorbeizumogeln versucht, in der Lage sein wird, eine freiwillige Rentenversicherung für alle zu schaffen, dürften gewiß nicht nur die Sozialdemokraten bezweifeln.

"Leider ist es wahr ..."

Junge Franzosen an der Berliner Mauer

H.S. - In jeder Woche befindet sich wenigstens eine Gruppe der deutschen Jungsozialisten in Berlin. Diese Studienfahrten, an denen während sechs Tagen jeweils 30 bis 40 junge Sozialdemokraten teilnehmen, sind ein fester Bestandteil in der Jungsozialistenarbeit. Es ist gut so, daß die westdeutsche Jugend in Berlin die Spaltung unseres Vaterlandes mit eigenen Augen sieht und in den Gesprächen mit der Bevölkerung und den Gesinnungsfreunden das Wissen um das Schicksal der getrennten Stadt erweitert.

Vor kurzem nahm nun erstmals eine Gruppe von Jungsozialisten aus Baden-Württemberg Freunde aus dem Nachbarland Frankreich mit auf die Reise nach Berlin. Die Beziehungen, die sich z.B. im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Karlsruhe und Nancy gebildet haben, machten es leicht, junge Franzosen für diese gemeinsame Studienfahrt zu begeistern.

Nach Abschluß der gelungenen Reise schrieb eine der französischen Teilnehmerinnen unaufgefordert ihre Eindrücke nieder:

- * "Leider ist es wahr: mitten durch Berlin zieht sich eine
- * Mauer aus Stacheldraht und Stein. Das Enkelkind kann
- * nicht mehr zum Großvater, der Sohn nicht mehr zur kranken
- * Mutter. Schon das Überschreiten der Mauer machte einen
- * traurigen Eindruck auf uns. Wir waren ängstlich. Wir dürfen
- * keine Fotos machen. Die Anwesenheit dieser Mauer ist etwas
- * Schreckliches. Besonders wenn wir an diese armen Leute den-
- * ken, die die Mauer zu überschreiten versuchen, und die schließ-
- * lich den Tod finden. - Wir haben schöne Gebäude auf der Karl-
- * Marx-Allee gesehen, aber sie versteckten dahinter enge Stras-
- * sen und Trümmer, große Plakate wie z.B. "Es lebe die Deutsch-
- * Sowjetische Freundschaft!" Wir waren erstaunt, so wenige Kin-
- * der, Leute und Verkehr zu sehen - fast keine Weinstuben, kei-
- * ne Kinos, keine schönen Schaufenster, nur unbequeme Autobus-
- * se, dunkle ärmliche Läden, auch kein Nachtleben ...

- * "Luxus", z.B. Kaffee, Parfum, Süßwaren, Bonbons, Schokolade
- * ist sehr teuer. Wir finden keine guten Zigaretten. Die Leu-
- * te sind sehr nett, sehen aber unglücklich aus. Die Lebens-
- * mittel werden immer noch rationiert; ebenso die Kleidung, so
- * daß die Leute sehr einfach gekleidet sind. Schließlich haben
- * wir gesehen, daß das Leben in Westberlin angenehmer ist als
- * in Ostberlin.

- * Wenn die Bewohner Westberlins sich auch viel amüsieren, so
- * leben sie doch stets im Schatten der Mauer. Ihre ausgelasse-
- * ne Art, sich zu freuen, verdeckt oft nur für kurze Zeit die
- * Sorgen und den Kummer, die ihnen die Teilung der Stadt be-
- * reitet."

Die Jungsozialisten werden mehr noch als bisher ihre ausländischen Freunde zum Besuch der deutschen Hauptstadt Berlin einladen.

Sind Sie der Typ 65 ? - Ja, wir sind es !

Antwort auf einen Werbe-Slogan -
Gedanken zu einer Frauenkonferenz

* Die FRÄNKISCHE TAGESPOST in Nürnberg veröffentlichte vor *
* kurzen den von einer aktiven Gewerkschaftlerin verfassten *
* Bericht über die Frauenkonferenz des DGB in Kempten. Ei- *
* gentlich handelt es sich hierbei weniger um einen "Konfe- *
* renzbericht", als vielmehr um Gedanken am Rande einer Kon- *
* ferenz. Wegen seiner Originalität machen wir diesen Be- *
* richt einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. *
* Die Redaktion *

* * *

Indiskrete Frage

Sind Sie der Typ 65 ? fragten sehr indiskret die grossen Werbe-
plakate. Eilig lief ich an ihnen vorüber, um den Zug nach Kempten
noch zu erreichen. Schliesslich trug ich ja eine Fahrkarte zur 7.
Landes-Frauenkonferenz in der nach Dienstschluss hastig ergriffenen
Reisetasche. Während der Fahrt bekam ich die raffinierte Suggestiv-
wirkung der Werbung zu spüren. Jener "Typ 65" rumorte in mir und ihm
fiel sogar die als Ersatz fürs Mittagessen gedachte Tafel Schokolade
zum Opfer. Schliesslich hat das allmächtige Geschwisterpaar Markt und
Kode Leitbilder fest in uns eingeprägt.

Mit Herz zur Costa Brava?

In meiner Tasche liegen Tagungsunterlagen, Anträge über Mindest-
renten, Herabsetzung des Rentenalters, Neufestsetzung von Versiche-
rungspflichtgrenzen, Witwengeld, Krankenversicherung, Verlängerung
der Mutterschutzfristen und noch vieles andere, was helfen soll, auch
die Schattenseiten unseres Daseins ein wenig heller zu machen. Ja, das
trage ich nun also nach Kempten und dort will ich das Wochenende vor-
bringen. Dabei stand in meiner Zeitung: "Auch Sie sollten am Wochen-
ende an der Costa Brava sein." Toll, wenn man einen Herz so lässig
elegant über den Boden des Rollfoldes hin zum Düsenklipper schleifen
kann, wie die Frau, die in meiner Zeitung selbstverständlich dieser
Aufforderung Folge leistet. Ich aber fahre nach Kempten - nein, ich
bin endlich da.

Aussergewöhnlich viele Frauen steigen aus. Sollten Sie etwa ..?
Richtig, wir haben ein gemeinsames Ziel. Wie nett, dass uns ein Trans-
parent am Bahnhof begrüsst. Verstohlen mustere ich meine Kolleginnen.
Lauter Suffragetten? Komisch, ich entdecke keine einzige. Na, morgen
muss es sich ja herausstellen. -

"Landesstiefmutter" hat Herzklopfen

Samstag früh. Mit sehr viel Herzklopfen steige ich auf die Bühne des grossen Kornhaussaales. Als 2. Vorsitzende des DGB-Landesfrauen-ausschusses - "Landesstiefmutter", wie mich meine Freunde aufziehen, muss ich da oben sitzen, bis ein Präsidium gewählt ist. So, also nun schön die Gedanken zusammenhalten, damit auch nichts schiefliegt. Lächle! Sitzt meine Frisur? Ob die Antragskommission etwas an meinem Antrag geändert hat? Hätte ich vielleicht doch noch mal zum Friseur gehen sollen? Gut, dass der Präsidiumstisch unten durch ein Tuch verhängen ist. Dabei soll es wirklich Strümpfe geben, die garantiert keine Falten werfen! Haben wir gut formuliert? Wird man klar verstehen, was gemeint ist?

Blick in den Spiegel

Nein, man soll seine Gedanken nicht dauernd im Kreis wandern lassen. Also schaue ich lieber in den Saal. Da sitzen die Kolleginnen, die man nach Kempten geschickt hat. Man? Wer schickt uns? Plötzlich sehe ich nicht mehr so viele Mannequins vor mir. Auch die Muttis, die mir auf der Illustrierten entgegenlächeln, weil sie durch den Kauf einer Geschirrspülmaschine nun so viel Zeit für ihre Kinder gewonnen haben, wollen hier nicht so recht herpassen. Die hier im Saal und die, die sie hersandten, sind auch Muttis. Zugegeben, das ist nicht so spurlos an ihnen vorbeigegangen und die Arbeit im Haushalt ohne Geschirrspülmaschine, aber dafür nach achtstündigem Arbeitstag in irgendeinem Betrieb auch nicht. Aber wie liebenswert, mit welchen kleinen Kniffen und Tricks sie sich alle hübsch und festlich gemacht haben. Ist es nicht fein, dass ich unter den über 200 Frauen, die als Delegierte oder Gäste kamen, nur eine gesehen habe, die nicht einen aufmerksamen Blick in den Spiegel warf, bevor sie den Saal betrat?

Typ 65 ? - Ja, wir sind es !

Dann beginnt die Konferenz und die harte Arbeit. Viele Beschlüsse, viele wichtige Entscheidungen und der Wille, sie auch zu verwirklichen. Viele kluge Frauen, eine blendende Organisation. Abends aber kommt das andere: Man kann miteinander sprechen. Das sind Menschen mit den gleichen Freuden und Sorgen. Sie passen in kein Klischee, aber sie sind so herzlich und natürlich, dass es eine Freude ist, mit ihnen beisammen zu sein. Aber spät, im Bett, kommt wieder die Plakatfrage auf: "Sind Sie der Typ 65 ?"

Sonntag früh. Das Referat hält Hilde Junker-Seliger. Da kommt sie: Zierrlich und ungeheuer vital, klug und hinreissend charmant, sachlich und doch bis in die kleinste Geste hinein vom Gefühl her gesteuert. Wer ist das? Eine Gewerkschaftlerin. Eine, die auch für die anderen da ist. Am Nachmittag geht es heim mit vielen fröhlichen Gesprächen, mit neuen Eindrücken, neugewonnenen Freunden. Zu Hause wartet der Mann, das Kind, der Haushalt. Morgen wartet die Arbeit.

Und dann wartet noch etwas. Ein Plakat wartet auf die Antwort, die ich ihm gebe. Zwei Tage hat es in mir rumort. Jetzt stehe ich wieder davor. Nicht in so grosser Eile, ich mache ein wenig Pausc. "Sind Sie der Typ 65 ?" Ja, wir sind es! + + +